

# **DSTG** *Rund- schreiben*

**Mitgliederinformation der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Landesverband Hamburg e. V.**

Verantwortlich für den Inhalt: Michael Jürgens

**Ausgabe 7/2007**

Stand: 10.12.2007

## **DSTG-Vorstand im Gespräch mit Finanzsenator Dr. Freytag**

Am 11. Oktober 2007 führten die Vorstandsmitglieder Kirsten Rose, Michael Jürgens, Michael Thelen und Michael Westphal ein gut einstündiges Gespräch mit Senator Dr. Freytag. Wir hatten insbesondere wegen der weiterhin großen Probleme mit EOSS um dieses Gespräch gebeten.

Die DSTG-Vertreter trugen erneut die bereits im Schreiben vom 17. August 2007 an Dr. Freytag dargelegten Probleme mit dem neuen Programm EOSS vor. Insbesondere haben wir auf die nach wie vor länger dauernden Arbeitsabläufe, die im Gegensatz zu Bayern nicht vorhandenen Datenerfassungskräfte und die erhöhten psychischen Belastungen bei den Kolleginnen und Kollegen hingewiesen. Der DSTG-Vorsitzende erneuerte seine Forderung an Senator Dr. Freytag, dafür Sorge zu tragen, dass

- den Kolleginnen und Kollegen größtmögliche Unterstützung zugesagt wird,
- die Erfüllung der Zielvereinbarungen bis auf weiteres nicht erwartet wird und
- über die derzeitigen Probleme und deren Lösungsversuche umfassend schriftlich informiert wird.

### **Inhalt:**

- DSTG-Vorstand im Gespräch mit Senator Dr. Freytag
- Kostendämpfungspauschale in der Beihilfe
- Amtsangemessene Alimentation kinderreicher Beamtenfamilien
- Versorgungsausweis für Pensionäre
- Gewerkschaftstage des dbb
- Weihnachtsfeier des Ortsverbandes Ruhestand

Senator Dr. Freytag erklärte, dass er sich während seiner Besuche in den Finanzämtern teilweise selbst ein Bild von den Schwierigkeiten mit EOSS machen konnte und sich der Belastungen der Kollegenschaft bewusst sei. Er sagte zu, dafür Sorge zu tragen, dass eine Bestandsaufnahme der EOSS Probleme gemacht wird und soweit dies möglich sei, auf Abhilfe bzw. Verbesserung zu drängen. Senator Dr. Freytag machte aber deutlich, dass einige der beanstandeten Punkte mit den EOSS-Strukturen zusammenhängen und daher nicht änderbar seien. Schließlich sagte Dr. Freytag zu, mit einem Schreiben an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter deutlich zu machen, dass auch die Behördenleitung an einer Verbesserung und Optimierung von EOSS interessiert sei.

- Siehe das Schreiben von Senator Dr. Freytag vom 25. Oktober 2007.

Als zweiten Punkt sprachen wir die Neuanschaffung der Notebooks für die Betriebsprüfung an. Kollegin Rose, selbst Betriebsprüferin, machte deutlich, dass aufgrund der umfangreichen Programme (WIN-IDEA etc.), die in der Bp zum Einsatz kämen, eine Bildschirmgröße von 14,3 Zoll die Arbeit mehr als behindern würde. Da die Anschaffung der kleinen Notebooks nicht mehr rückgängig gemacht werden könne, forderte Sie deshalb, dass den Betriebsprüfern zusätzlich TFT-Bildschirme zur Verfügung gestellt werden müssen. Dabei würden die bisher vorgesehenen 120 Monitore aber nicht ausreichen.



*(Michael Thelen, Kirsten Rose, Senator Dr. Michael Freytag, Michael Jürgens, Michael Westphal)*

Kollege Jürgens erläuterte kurz den Hintergrund für die Anschaffung der neuen 14,3-Zoll-Notebooks. Für die im Februar 2008 stattfindende Bürgerschaftswahl sollten für die Wahllokale Notebooks zur Verfügung gestellt werden. Da für die Steuerverwaltung ohnehin ein Austausch der Notebooks im Jahre 2008 vorgesehen war, einigte man sich darauf, dass die „Wahl-Notebooks“ nach der Wahl an die Steuerverwaltung gehen sollten. Dies sei grundsätzlich auch sinnvoll. Leider hatte man bei der Beschaffung wohl nicht bedacht, dass die Betriebsprüfer die Notebooks über einen langen Zeitraum nutzen werden. So stand das Bp-Referat vor der Alternative, sich innerhalb weniger Stunden zwischen einem 15,4“ und einem 14,3“-Notebook entscheiden zu müssen. Die Wahl fiel schließlich wegen des wesentlich besseren Schriftbildes und dem geringeren Gewicht auf die kleinere Version.

Senator Dr. Freytag zeigte sich etwas verwundert über den Ablauf, erklärte, den Vorgang erst prüfen zu müssen, sagte aber zu, dass er versuchen wird, eine Verbesserung der Situation herbeizuführen.

- Inzwischen haben wir erfahren, dass anstatt der bisher angedachten 120 17“-Monitore nun 300 19“-Monitore angeschafft werden. Aus unserer Sicht ein erster positiver Schritt.

Als letzten Punkt haben wir die nach wie vor langen Bearbeitungszeiten bei der Beihilfe angesprochen. Senator Dr. Freytag erklärte, dass er dieses Thema ständig mit den Personalräten bespreche und dass sich durch inzwischen eingeleitete Maßnahmen die Bearbeitungszeit in absehbarer Zeit verringern werde.

Zum Schluss des Gesprächs vereinbarten wir, den Gedankenaustausch in unregelmäßigen Abständen fortzuführen. Senator Dr. Freytag betonte gegenüber dem Vorsitzenden, dass er jederzeit auf dem „kurzen Dienstweg“ ansprechbar sei, wenn es Probleme in den Finanzämtern gebe.

## **Kostendämpfungspauschale in der Beihilfe**

### **Antrag der CDU-Fraktion: Änderung des § 85 HmbBG**

Offensichtlich hat die Freie und Hansestadt Hamburg die Urteile vom 22.Mai 2007 in den Kostendämpfungspauschalen (siehe Rundschreiben 4/2007), die vom dbb Dienstleistungszentrum Nord in Zusammenarbeit mit dem dbb hamburg erstritten worden sind, zum Anlass genommen, die Regelungen des § 85 HmbBG ganz erheblich zu erweitern. Nunmehr sollen etliche bisher in den Beihilfevorschriften geregelte Fragen in das Beamtengesetz einfließen.

Ein entsprechender Antrag der CDU-Fraktion vom 07.11.2007 (Drucksache 18/7308) soll den § 85 HmbBG von derzeit 4 Sätzen auf 6 Seiten (!) Ge-

setzestext aufblähen. Nahezu alle grundlegenden Regelungen der Beihilfe werden einfach in das Beamtengesetz eingearbeitet.

Das Verwaltungsgericht Hamburg hatte entschieden, dass nach dem Gebot der Wesentlichkeitstheorie nicht der Senat, sondern nur der Gesetzgeber (Bürgerschaft) über solch gravierenden Einschnitte wie die Einführung der KDP entscheiden dürfe und die geltende Regelung des § 85 HmbBG nicht ausreiche, um die KDP zu rechtfertigen.

In der Begründung zu der beabsichtigten Neufassung des § 85 HmbBG heißt es, auch die bisherige Fassung sei rechtmäßig; mit der Klarstellung sollten allein drohende Haushaltsrisiken, die aus einer endgültigen Nichtigerklärung erwachsen würden, minimiert werden.....

Zwischenzeitlich wurde bekannt, dass die KDP seit Einführung bis Mitte 2007 ein Einsparvolumen von mehr als 10 Mio. € gebracht hat, die im Falle des Obsiegens des dbb hamburg an die Beihilfeberechtigten zurückgezahlt werden müssen.

Damit wird deutlich, dass der dbb hamburg zu Recht gegen die Einführung der KDP geklagt hatte, um u.a. klar zu stellen, dass der Senat als Verwaltungsspitze eben nicht das Recht hat, Dinge zur Entscheidung an sich heranzuziehen, die dem Gesetzgeber vorbehalten sind.

Da die Gesetzesänderung „erst“ zum 01.01.2008 in Kraft treten soll, ist sich der dbb hamburg sicher, dass die Einführung der KDP ab Einführung und zumindest bis 31.12.2007 rechtswidrig ist und der erste Berufungsverhandlungstermin am 17.12.2007 vor dem Obergerverwaltungsgericht Hamburg ein Erfolg für den dbb hamburg wird.

Diese Annahme wird untermauert von zwei zwischenzeitlich ebenfalls positiv im Sinn der Beamten ergangenen Urteile der Verwaltungsgerichte Koblenz (6 K 67/ 07.KO vom 22.06.2007) und Dresden (3 K 2799/04 vom 18.10.2007), die in den entsprechenden Klageverfahren ebenfalls keine hinreichende Ermächtigungsgrundlage für den Ordnungsgeber zur Einführung einer KDP gesehen haben.

Der dbb hamburg wird über den Fortgang weiterhin zeitnah berichten.

## **Amtsangemessene Alimentation kinderreicher Beamtenfamilien**

Nachdem der Haushaltsausschuss der Bürgerschaft einstimmig für die Erhöhung um 50,- € für das dritte und nachfolgende Kinder votiert hat, geht der dbb hamburg davon aus, dass die Bürgerschaft in ihrer Sitzung am 12., respektive 13.12.2007 die Neuregelung so verabschiedet wird.

Der dbb hamburg wird seine Mitglieder umgehend vom Ausgang des bürgerchaftlichen Abstimmungsverfahrens unterrichten. Sollte die Bürgerschaft wider Erwarten dem Gesetzesvorhaben nicht

zustimmen, wird der dbb ab dem 14.12.2007 einen entsprechenden Musterwiderspruch veröffentlichen, damit vorsorglich die Ansprüche für die Betroffenen für das Jahr 2007 gewahrt werden können.

Wermutstropfen am Rande: Die Erhöhung wurde befristet vom 01.01.2007 bis einschließlich 31.12.2009, da die Frage einer möglichen bundesweiten Erhöhung des Kindergeldes noch ungeklärt ist.

## **Versorgungsausweis für Pensionäre**

Seit einiger Zeit stellt das ZPD für „neue“ Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger Versorgungsausweise aus. Beginnend noch im Dezember 2007 werden auch alle vorhandenen Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger (und künftige) sukzessive einen neuen Versorgungsausweis vom ZPD im Scheckkartenformat erhalten. Damit kommt das ZPD einer alten Forderung des dbb hamburg nach. So können Pensionäre nun auch die entsprechenden Vergünstigungen (Rabatte) vergleichbar mit denen für Rentnerinnen und Rentner in Anspruch nehmen.

## Gewerkschaftstage 2007 des dbb und der dbb tarifunion

Vom 25. -28. November 2007 fanden in Berlin die Gewerkschaftstage des dbb und der dbb tarifunion statt. Neben der Beratung über rund 500 Anträge waren die rund 560 stimmberechtigten Delegierten aufgefordert die neue Bundesleitung des dbb für die nächsten fünf Jahre zu wählen.

Von der DSTG LV Hamburg nahmen als stimmberechtigte Delegierte Brigitte Blech für den dbb hamburg, Michael Westphal als Bundesvorsitzender der dbb jugend und Michael Jürgens als DSTG-Bundesvorstandsmitglied teil.

Als Vorsitzender des dbb wurde Peter Heesen (DPhV) von den stimmberechtigten Delegierten in seinem Amt bestätigt. Frank Stöhr (komba) konnte auf dem parallel stattfindenden Gewerkschaftstag der dbb tarifunion 92,9 % der Stimmen auf sich vereinigen und ist damit zum 1. Vorsitzenden der dbb tarifunion gewählt worden. Gleichzeitig ist Frank Stöhr auf Grund einer Satzungsänderung nun auch 1. stellvertretender Vorsitzender des dbb.

Für die 5 weiteren zu wählenden stellvertretenden Bundesvorsitzenden stellten sich gleich 9 Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl. In die neue Bundesleitung wurden Klaus Dauderstädt (GdS), Heinz Ossenkamp (komba), Kirsten Lühmann (DPoIG, vorgeschlagen von der dbb Bundesfrauenvertretung), Astrid Hollmann (VRFF) und Dieter Ondracek (DSTG) gewählt.

**Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel** als höchste Repräsentantin der Politik, betonte ihre Dialogbereitschaft mit dem dbb in allen wichtigen Fragen des öffentlichen Dienstes und seinen privatisierten Bereichen; sie habe darüber hinaus allergrößte Hochachtung für die Leistungen des öffentlichen Dienstes und gab ein klares Bekenntnis zur Beibehaltung des Berufsbeamtentums ab. Außerdem erklärte sie, dass nach jahrelangen Kürzungen (und damit als Beitrag zur Konsolidierung der Haushalte) ein Ende der Einsparungen beim öffentlichen Dienst angesagt sei.

**Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble** wollte sich zur anstehenden Tarifrunde im Bund und in den Kommunen nicht äußern und blieb mit seinen Ausführungen hinter den Erwartungen der Delegierten zurück. Auch er stehe weiterhin für das Berufsbeamtentum ein. **Peter Müller, Ministerpräsident des Saarlandes und 2. Vizepräsident des Bundesrates**, sprach von einem hervorragenden öffentlichen Dienst, der an der allgemeinen Einkommensentwicklung partizipieren müsse. Allen Anstrengungen zur Abschaffung des Berufsbeamtentums erteilte er eine klare Absage. Die Vertreterinnen und Vertreter der Parteien, **CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, SPD-Generalsekretär Hubertus Heil, FDP-Generalsekretär Dirk Niebel, CSU-Generalsekretärin Christine Haderthauer und die stellv. Vorsitzende der Bundestagsfraktion Die Linke Petra Pau** betonten in ihren Grußworten ebenfalls ihr Bekenntnis zum Berufsbeamtentum und ein Ende der Einschnitte beim öffentlichen Dienst.

Der dbb und damit in erster Linie die Bundesleitung wird zukünftig mehr auf Geschlossenheit innerhalb der eigenen Reihen achten müssen; die oft beklagten „Alleingänge“ haben zu Irritationen und Verärgerung sowohl bei den Mitgliedsgewerkschaften als auch bei den einzelnen Mitgliedern geführt.

## Weihnachtsfeier des Ortsverbandes Ruhestand

Am 06.12.2007 trafen sich im Haus des Sports in der Schäferkampsallee rund 160 Kolleginnen und Kollegen des Ortsverbandes Ruhestand zu ihrer DSTG-Weihnachtsfeier. Kollege Jürgens berichtete den Ruheständlern in seiner Begrüßung über die aktuelle Lage in den Finanzämtern und die Entwicklungen in der DSTG und beim dbb, hier insbesondere über die Gewerkschaftstage im Bund, sowie zu den derzeitigen Vorhaben in der Besoldung und bei LOB. Als Vertreter der Finanzbehörde überbrachte Kollege Schapke die Grüße der Verwaltungsspitze. Im Anschluss an die Grußworte wurden die zahlreichen Ehrungen der Kolleginnen und Kollegen für 40- bzw. 50jährige Mitgliedschaft in der DSTG Landesverband Hamburg vorgenommen.



*Über 1.000 Jahre Mitgliedschaft in der DSTG. Der Dank aller Kolleginnen und Kollegen für die Unterstützung in all den Jahren gilt den Jubilaren.*

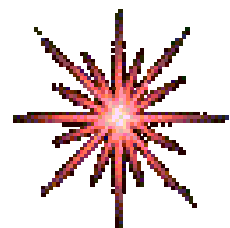
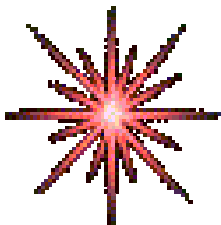
Herzlichen Dank sagt der Vorstand der DSTG Landesverband Hamburg.



*Die DSTG  
wünscht Ihnen  
und Ihrer Familie*



*ein frohes  
Weihnachtsfest  
und ein  
gutes Jahr  
2008*



---

## Beitrittserklärung faxen an: 040 / 37 50 10 82

Bitte faxen oder im Fensterumschlag senden an

Deutsche  
Steuer-Gewerkschaft  
Landesverband Hamburg  
Mönkedamm 11

20457 Hamburg

---

# Beitrittserklärung

(zugleich Bankeinzugsermächtigung)

Ich möchte mich der

### DEUTSCHEN STEUER-GEWERKSCHAFT

### Landesverband Hamburg anschließen und erkläre meinen Beitritt

mit Wirkung vom \_\_\_\_\_

Name und Vorname in Blockschrift \_\_\_\_\_

PLZ / Wohnort \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

Geburtsdatum \_\_\_\_\_ Besoldungsgruppe/BAT \_\_\_\_\_

**Teilzeit:**        nein    ja, mit Wochenstunden \_\_\_\_\_

Finanzamt \_\_\_\_\_

Mit meiner Unterschrift ermächtige ich die DSTG, den Mitgliedsbeitrag vierteljährlich mittels Lastschrift von u. a. Konto einzuziehen. Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Instituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

Kontoinhaber \_\_\_\_\_ Konto \_\_\_\_\_

Bankinstitut \_\_\_\_\_ BLZ \_\_\_\_\_

Ort, Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_